

Danziger Zeitung.



Zeitung.

Nr. 15665.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Insolite Kosten für die Petitionen oder deren Raum 20 M. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Telegramme der Danziger Ztg.

London, 27. Jan. (W. T.) In der gestrigen Abstimmung des Unterhauses beantragte in der Adressdebatte Collings ein Amendment, welches das Bedauern ausspricht, daß den Bauern bezüglich der Erlangung kleiner Pachtgüter keine Erleichterung gewährt würde. Chaplin befürwortete das Amendment als ein Misstrauensvotum. Gladstone unterstützte dasselbe, indem er erklärte, er übernehme die Verantwortlichkeit, welche dessen Annahme involviere. Das Amendment wurde schließlich mit 329 gegen 250 Stimmen angenommen und die Regierung mithin geschlagen.

London, 27. Jan. (W. T.) „Morning Post“ und „Standard“ bezeichnen den Rücktritt des Cabinets Salisbury als unmittelbar bevorstehend. Der „Daily News“ aufsoweit würde Salisbury von der Amtsführung des Parlaments abziehen.

Madrid, 27. Jan. (W. T.) Der Herzog von Sevilla, der vor einiger Zeit in Madrid im Palast gegen die Regentin die bekannten Drohungen ausgestellt hatte und deshalb vor ein Kriegsgericht gestellt worden war, ist nunmehr durch Beurlaubung des Kriegsraths in der Armee-Rangliste gestrichen.

Konstantinopol, 27. Januar. (W. T.) Die Pforte verlangte von dem griechischen Gesandten Erklärungen über die Haltung Griechenlands. In Kreta ist eine Anzahl schwerer Geschütze, Torpedos und Kriegsmunition ausgekippt worden.

Politische Uebersicht.

Danzig, 27. Januar.

Das Hauptinteresse

der politischen Kreise konzentriert sich heute auf die Beratung die Resolution Achenbach betreffend die Maßregeln gegen die Polonisierung und die in Aufklappung daran eingebrachten Anträge der anderen Parteien. Morgen wird im Abgeordnetenhaus darüber verhandelt werden. Die von dem Abgeordneten Windthorst eingebrachte motivierte Tagesordnung ist schon telegraphisch mitgetheilt. Nun haben auch die Polen einen Antrag eingebracht, der folgendermaßen lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: In Erwägung, daß keine Veranlassung vorliegt, im Vor aus die im Antrage des Abgeordneten Dr. Achenbach und Genossen betonte Bereitschaft zur Bewilligung von Mitteln für Maßnahmen auszuführen, welche erst in Aussicht genommen, und deren Bedürfnis, Tragweite und Umfang in keiner Weise feststeht;

in Erwägung, daß der gedachte Antrag den offenen Zweck verfolgt, die in seiner Weise gefährdeten Interessen der deutschen Bevölkerung in den östlichen Provinzen des Staates, unter Außerachtlassung derjenigen der polnischen Bevölkerung, in ungeüblicher Weise zu fördern, und dadurch dem Artikel 4 der Verfassung geradezu widerprägt;

in Erwägung, daß durch die Wahrung der den polnischen Unterthanen Sr. Majestät des Königs durch internationale Verträge und Vertheilungen der Monarchen feierlich garantirten Rechte auf Erhaltung und Schutz ihrer Sprache, und Nationalität die deutsch-nationalen Interessen in seiner Weise geschädigt werden können;

in Erwägung endlich, daß die Durchführung der geforderten Maßregeln namentlich auch die Bewilligung von Mitteln zur ausschließlichen Förderung der Niederaufzucht deutscher Landwirthe und Bauern geeignet wäre, eine unzulässige Rücksichtnahme zu schaffen und den Frieden und die Eintracht unter den Nationalitäten in den östlichen Provinzen ernstlich zu gefährden,

über den Antrag der Abgeordneten Dr. Achenbach und Genossen (Nr. 22 der Drucksachen) zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag wird natürlich abgelehnt werden. Er ist in einem nicht minder großen Fehler verfallen, wie die conservativen-nationalliberalen Resolution; diese verlangt Billigung noch gar nicht bekannter Maßregeln; jener nimmt eine Anzahl von Maßregeln als sicher an und verlangt deren Verwerfung. Die Antwort darauf kann nur dieselbe sein: abwarten, bis die Regierung mit ihren Plänen hervortritt.

Wie uns geschrieben wird, werden die Freisinnigen nicht zurückstehen. Sie werden gleichfalls eine motivirte Tagesordnung einbringen, welche von dem Gesichtspunkte aus geht, unter Anerkennung der Notwendigkeit positiver Maßregeln zur Förderung deutschen Beweins in den Ostprovinzen zu erklären, daß über die Einzelheiten der positiven Maßregeln erst Anlaß sein wird sich auszusprechen, wenn die angekündigte Vorlage der Regierung eingebracht ist.

Das ist in der That der richtige Weg, mit dem jeder Unbefangene zufrieden sein könnte. Die Partei beweist mit diesem Antrage zugleich, wie ungerechtfertigt die gegen sie in dieser Frage gerichteten Angriffe gewesen sind. In der Reichstagsföhrung vom 1. Dezember 1885 war es der Abg. Dr. Hönel, der anerkannte, daß „die fortstreichende Polonisierung und Slavifizierung unserer östlichen Provinzen und Regierungsbezirke eine sehr ernsthafte Frage ist“. Er stellte es nicht nur als Recht, sondern als Pflicht der preußischen Regierung und des Reichskanzlers hin, nach den zweidienlichen Maßregeln zu suchen, die in dieser Beziehung im nationalen Interesse gefordert sind. Jetzt ist es die Partei, welche diesen Standpunkt voll und ganz vertreten. Wäre die „nationale“ Heze in Antrüpfung an den 16. Januar nicht schon längst läufig gezeichnet, so würde ihr diese Thatfache schnell ein Ende machen.

Man erwartet, daß der Reichskanzler seiner Erklärung im Reichstage entsprechend selbst im Abgeordnetenhaus erscheinen werde, um bei dieser Gelegenheit die Ausweitungsmäßigkeiten der preußischen Regierung, als dessen intellectueller Urheber er jetzt auch von conservativer Seite bezeichnet wird, zu motiviren und zu vertheidigen. In diesem Falle dürfte die Debatte große Dimensionen annehmen und zu einem scharfen Zutreffenskampf zwischen dem Reichskanzler und dem Centrum führen. Es wurde freilich jetzt berichtet, daß das Befinden des Reichskanzlers zu münden übrig lasse und daß er sich sehr schwören müsse. Daraus Schlüsse auf sein Erscheinen im Abgeordnetenhaus zu ziehen, wäre freilich sehr voreilig. Thatsächlich wird freilich Minister von

Buttamer bei dieser Gelegenheit in eine etwas schiefen Stellung kommen, da sein Ressort bei den positiven Maßregeln zur Bekämpfung der Polonisierung nur in nebensächlicher Weise beteiligt ist.

Das Schicksal des Nordostseecanals.

Wie heute Morgen kurz mitgetheilt ist, hat die Commission des Reichstags für den Nordostseecanal am Montag Abend nach Beendigung der informatorischen Erörterung den grundlegenden § 1 der Vorlage, welcher 156 Mill. Mark zum Bau des Canals bewilligt, und zwar unter der Voraussetzung, daß Preußen vorab einen Betrag von 50 Mill. Mark gewährt, einstinctiv angenommen. Nun ergab sich aber das Vorhandensein einer ernstlichen Klippe. Zu § 3 beantragte Abg. Brügel, die Feststellung des Tarifs für die Benutzung des Canals durch die Handelsmarine späterer gesetzlicher Regelung vorzubehalten, während die Vorlage dieselbe dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat überläßt. Die Beratung dieses Antrags, der die Rechte des Reichstags und zugleich die Interessen des Handels und der Schiffahrt wahren soll, kam noch nicht zum Abschluß. Staatssekretär d. V. Böttcher befürwortete den Antrag aus wirtschaftlich-praktischen Rücksichten, d. h. aus Mißtrauen gegen den künftigen Reichstag — der Bau des Canals soll 8 Jahre dauern —, der möglicherweise das Zustandekommen eines Tarifgegesetzes vereiteln könnte.

Unter diesen Umständen ist, schreibt uns unser Korrespondent, das Zustandekommen der Vorlage noch keineswegs entschieden. Wenn die Regierung daran festhält, daß dem Reichstag ein Einfluß auf die Feststellung des Tarifs nicht zu stehen dürfe, so könnte die Vorlage leicht an diesem Punkte noch scheitern. Neben einem Antrag Hasenclever wegen Feststellung eines Minimallohnes der Arbeiter am Canal wird erst nach Erledigung der Vorlage abgestimmt werden.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hat einer der Unterzeichner der bekannten Petition der pommerschen ökonomischen Gesellschaft, Frhr. v. Below-Saleske, u. a. versichert, die Agitation für den Wollzoll sei im besten Gange und werde im Einverständniß mit der Industrie geregelt werden. Man habe nämlich ein Mittel entdeckt, um die Frage der Exportvergütung zu regeln. Herr v. Below hat bei dieser Gelegenheit auch ganz offen eingestanden, was die „Kreuzzeit.“ neulich in Abrede stellte, daß die Conservativen damit umgingen, die Privatversicherungsgesellschaften von der Versicherung der Immobilien im Bereich der öffentlichen Feuergesellschaften auszuschließen. Es steht nur in Abrede, daß damit eine Verstaatlichung des Versicherungswesens herbeigeführt werden sollte.

Die Ausschüsse des Bundesrathes, welche mit der Vorberatung der Vorlage betr. die Einführung des Brauntweimonopols betraut sind, werden erst in 5—6 Tagen ihre Berathungen beginnen. Es scheint, offiziöser Mitteilung zufolge, nicht ausgeschlossen zu sein, daß Finanzminister einzelner Bundesstaaten nach Berlin kommen, um an diesen Berathungen sich zu beteiligen.

Salisbury's Sturz

ist offenbar besiegt, es sei denn, daß er im letzten Augenblick zu dem Mittel der Parlamentsauflösung schreite, um dem Volke des Volkes selbst das entscheidende Wort zu übertragen. Die Katastrophe ist schneller eingetreten, als man glaubte, wenn auch in den letzten Tagen schon mehrfach gemeldet wurde, daß Salisbury entschlossen sei, die Ungewissheit zu beenden, da Gladstones Einvernehmen mit den Freien dem Dasein seines Cabinets so wie so von jetzt an jeden Tag ein Ende zu machen drohe. Es ist die irische Frage, an der Salisbury scheitert, eine Frage, die seit dem Bekanntwerden von Gladstones Home-Rule-Plänen ein neues Aussehen erhalten hat. Die Parnellites bilden das Zinglone der Waage im Parlament, seitdem Salisbury sich entschlossen gegen die Parnellites Front zu machen, war die Stellungnahme derselben keinem Zweifel mehr unterworfen.

Eigentlich sollte erst der morgige Tag die Entscheidung bringen. Morgen wollte einer gestern Abend abgegebenen Erklärung des Schatzkanzlers Hicks-Beach zufolge die Regierung eine Bill, betreffend die Unterdrückung der Nationalliga und anderer gefährlicher Vereinigungen in Irland einbringen und die Dringlichkeit für die Beratung derselben beantragen. Auf diese Bill werde die Landbill passieren, durch welche das Gesetz über den Ankauf irischer Pachtgüter erweitert werden sollte. Anhaltender Beifall der Conservativen, Heiterkeit auf den Bänken der Parnellites begrüßte diese Mittheilung; und gleich darauf erlitt die Regierung die Niederlage, welche in der Annahme des Amendments Collings mit 329 gegen 250 Stimmen lag. Gladstone will die Verantwortung hierfür übernehmen, das heißt: er erlöst sich zur Übernahme der Erfüllung Salisburys bereit.

Die Folgen dieses Umschwungs werden uns noch näher zu beschäftigen haben. Richtig scheint, was die „Times“ in Hinblick auf den bevorstehenden Sturz Salisburys vorausgesetzt schreibt: „Abgesehen von der kritischen Lage in der heimischen Politik, würde der Stand der Dinge im östlichen Europa täglich drohender, und das Zurückziehen von Lord Salisbury's stetiger Hand vom Steuerruder der auswärtigen Angelegenheiten müßte ein schwerer Verlust sein.“

Der Conflict der Regierung von Dänemark mit der unerschütterlichen Parlamentsmajorität dauert ununterbrochen fort. Nachdem die Linke des Folketing am Montag die von der Regierung eingebrachten Finanzvorlagen abgelehnt, ist gestern eine königliche Resolution ergangen, durch welche die Regierung ermächtigt wird, die laufenden Ausgaben bis auf Weiteres zu leisten.

Die jüngsten Vorgänge auf Samoa.

Der frühere englische Consul auf Samoa, Churchward, ist in San Francisco eingetroffen und berichtet über die jüngsten Vorgänge auf Samoa Folgendes:

Mulin Point in City Apia war seit lange der Sitz der Regierung von Samoa und war in den Besitz des früheren Consuls Weber gelangt, welcher der Regierung von Samoa das mit ihm auf Ländereien gemachte Handelsgeschäft förderte. Der König hatte zuvor ein Preisangebot für diese Ländereien gemacht, welches jedoch von Weber abgelehnt worden war. Der König war in Folge dessen genötigt, an einem anderen Ort in Apia seinen Wohnsitz zu nehmen. Weber wurde von dem deutschen Consul Dr. Stübel unterstützt, welcher darauf in Folge einer Infiltration Deutschlands dem König unterlagte, die Samoaflagge irgendwo in Apia zu entfernen. Der König weigerte sich, die Flagge einzuziehen, worauf Dr. Stübel an der Spitze bewaffneter Matrosen eines deutschen Kanonenbootes die Samoaflagge ungeachtet des Protestes des britischen und amerikanischen Consuls herunterzog.

Dieser Bericht Churchwards bestätigt die gleich

Anfangs gegenüber übertriebenen Darstellungen der Vorgänge auf Samoa gedachte Vermuthung, daß es sich bei denselben lediglich um Wiederherstellung

der vom Könige widerrechtlich rücksäugig gemachten Handnahme handeln könnte, und daß alle Berichte, welche von einer Annexion sprachen, selbstverständlich völlig grundlos waren.

Im ungarischen Unterhause kam gestern eine Interpellation zur Beratung, welche der Deputierte Olay bezüglich der heim. Dresden Turnerfest anlässlich der Darbringung eines Krans mit den ungarischen Farben stattgehabten Demonstration eingebracht hatte. In Beantwortung dieser Interpellation erklärte Ministerpräsident Tisza: Da die Veranstalter des Turnfestes selbst sofort die nothwendige Genehmigung leisteten und den Krans im Archiv der Turnerschaft niederlegten, könne die Handlung Einzelner nicht zu einer internationalen Frage aufgebaut werden und könne Niemand behaupten, daß die ungarischen Farben ohne Genehmigung insulirt worden seien.

Griechenland und die Pforte.

Der politische Himmel am südlichen Theile der Balkanhalbinsel verfinstert sich von Tag zu Tag. Das letzte Rundschreiben der Pforte kündigt bereits ein Ultimatum ähnlich; von allen Seiten wird Griechenland bestürmt, Ruhe zu halten, wird ihm zu Gemüth geführt, wie unklig, wie verbündet es war, den Willen Europas nicht zu achten, wie wenig Chancen ein Kampf gegen die waffengewaltigen Türken hätte; trotzdem ist keine Spur von Nachgiebigkeit seitens der Hellenen zu verspüren; immer ernsthafter rechnet man mit der Eventualität des Losbruchs des Krieges und auch heute schreiben die officiellen „Pol. Nachr.“: „Man sieht sich in den autoritativen politischen Kreisen offenbar nicht der mindesten Fälschung darüber hin, wie verbündetvoll der Ausbruch eines bewaffneten Conflicts zwischen Osmanenthum und Hellenismus der Zukunft des Orients aller Wahrscheinlichkeit nach werden dürfte.“

Die „Times“ hofft noch, daß die an Griechenland gerichtete Warnung sich als hinreichend erweisen werde, um die Aufrechterhaltung des Friedens zu sichern, wenn nicht, werde der griechische Regierung bald begreiflich gemacht werden, daß die Großmächte Europas nicht mit sich scheinen ließen. Auch das „Journal de St. Petersbourg“ ist trotz der ablehnenden Antwort des Ministerpräsidenten Delhannis der Meinung, daß die griechische Regierung den Forderungen der Leidenschaft widerstehen werde, welche um so ungloster seien, als Europa fest entschlossen sei, keinerlei Gebietsänderung zugelassen, die als eine Entzugsurkunde der Hellenen zu verstehen wäre. — Das sind Hoffnungen, die sich vielleicht erfüllen, vielleicht auch nicht, namentlich da die Katastrophe in England die auswärtige Politik dieser Großmacht gerade im entcheidenden Momente andern und wahrscheinlich schwächeren Händen, als diejenigen Salisburys waren, zu übertragen im Begriff steht.

Reichstag.

33. Sitzung vom 26. Januar.
Marineetat. Bei Tit. I der Ausgaben (Chef der Admiraltät 26 000 M.) fragt

Abg. Kröber (Volkslist), weshalb für die Hinterbliebenen der mit dem Schiffe „Augusta“ Verunglückten im Wege der Privatwohlfahrt gefordert werden mußte. Es wäre vielmehr Sache der Admiraltät, hier eine Vorlage zu machen, durch welche jenen Hinterbliebenen die nötige Fürsorge gesichert würde.

Chef der Admiraltät v. Caprivi: Die Gewährung von Unterstützungen ist nicht von der Admiraltät, sondern von der freiwilligen Wohlfahrtsgesellschaft ausgegangen. Im Übrigen steht die Admiraltät auf dem Standpunkt, daß Verluste im Frieden nicht anders behandelt werden können als Verluste im Kriege.

In den folgenden Positionen werden unter Anderem zur Verstärkung der heimischen Küstenverteidigung 450 Mann an Matrosen-Artillerie mehr gefordert. Die Commission beantragt Bewilligung dieser Mehrforderung, während sie von den sonst noch zur Verstärkung des Marinepersonals geforderten Summen im Ganzen 300 000 M. d. i. den Bedarf für 300 Mann, zu streichen beantragt.

Referent Abg. Richter gibt eine eingehende Darstellung der Vorgänge in der Commission. Danach ist für die Commissionsbeschlüsse besonders die Befristung maßgebend gewesen, daß die Mehrforderungen dieses Marineteats die Keime enthalten könnten für künftige weitere Mehrforderungen; ferner auch der Umstand, daß im Etat selbst nicht die Ausgaben kenntlich gemacht seien, welche die Marine künftig übernehmen solle. Es wurde in der Commission bewont, daß man die Marine früher nach einem äußerst festgelegten, bestimmten Plane entwickelt habe, wonon man seit 1884 abgesehen sei. Der Admiraltätschef wurde deshalb um Auskunft ersucht, ob er nicht die durch die Colonialpolitik veranlaßten Ausgaben in diesem Etat ersichtlich mache; und ferner, ob er nicht einen Plan vorlegen könne, aus dem hervorgehe, ob und welche Mehrforderungen für die nächsten Jahre im Marineteat bevorstehen. Der Chef der Admiraltät erklärte, daß darauf zunächst außer Stande, den leckeren Wunsch zu erfüllen; mit bloßen vagen Vermuthungen würde

dem Reichstage gewiß nicht gebient sein, und bestimmte Angaben in der gewünschten Richtung ließen sich nicht machen. Die Colonialpolitik ferner habe auf den Etat allerdings Einfluß gehabt, aber ausseinerdeutzen, was der Colonialpolitik zur Last falle, was im Ubrigen den überseeischen Handelsbeziehungen und was der Ausbildung der Marine und der Küstenverteidigung zu zuschreiben sei, das sei unmöglich wegen des vielfachen Neinanderreibens dieser Dinge. In Bezug auf die Colonialpolitik halte die Admiraltät an dem Sache fest, daß die Flagge dem Handel folgen solle; wie weit sich hierbei die Ausgaben der Marine vergrößern würden, lasse sich noch nicht übersehen. In Bezug auf Schlagdächer und Torpedowagen steht der Chef der Admiraltät nach seiner ferneren Erklärung noch auf dem Standpunkt der Deutschenfahrt von 1884; in Bezug auf den Kreuzerrieg habe er allerdings seine Ansichten modifizirt. Die Mehrforderungen sind nach Ansicht des Chefs der Admiraltät dringlich erforderlich, theils um das Erworben festzuhalten, theils um die Küstenverteidigung zu verstetigen. Ein Commissionsmitglied hat darauf Namens der größten Fraction des Hauses erklärt, dieselbe werde nur die natürliche Entwicklung der Marine gebotenen Mehrforderungen bewilligen; nicht aber die aus der Colonialpolitik entstehenden, soweit letztere aus dem vom Reichskanzler fixierten Rahmen heraustritt. Die auf Grund dieser Erklärungen demnächst gefaßten Beschlüsse der Commission haben zu dem Resultat geführt, für welches die Commission die Zustimmung des Plenums erbitten.

Abg. Möller (frei): Wenn wir die Motorenartillerie um 450 Mann vermehren, so wird eine entsprechende Verminderung der Fußartillerie und damit eine Ersparnis im Militärtat möglich sein; ich bitte daher, die Bewilligung der Forderung so lange auszuführen, bis uns der Kriegsminister die Erklärung abgegeben hat, daß er in diesem Jahre so viel weniger Recruten für die Motorenartillerie mehr benötigt werden.

Abg. Kalle (nat.-lib.): Ich erkläre, daß er in der Commission sich für die vollen Wiedergabe der geforderten Vermehrung weniger als Rückicht auf die Colonialpolitik, als auf die Vertheidigungsfähigkeit unserer Küsten und die Actionsfähigkeit der Marine ausgesprochen habe. Nachdem nun aber die Commission sich für die Ablehnung von 300 Köpfen ausgesprochen, werde keine Forderung für den Antrag der Commission stimmen.

Chef der Adm. v. Caprivi: Die Aufgaben der Seeartillerie sind vollauf andere als die der Fußartillerie. Zum Schutz der Nordseefeste brauchen wir diese Seeartillerie sehr nothwendig. Ob eine Verminderung der Fußartillerie durch eine Vermehrung der Seeartillerie eintreten wird, bin ich weder befähigt noch berufen zu entscheiden. Bei dem Mangel an Fußartillerie glaube ich jedoch nicht, daß eine Verminderung der Fußartillerie eintreten dürfte.

Abg. Richter: In dem Maße, wie man die überseeischen Aufgaben der Marine ausübt, vermindert man die Zahl der Mannschaften, die bei einem Kriege in der Heimat zur Stelle sind. Die Ausdehnung der Colonialpolitik ist eine Schwächung der Vertheidigungsfähigkeit unserer Marine in Europa (Sehr richtig! links und im Centrum), und wenn Sie erlaubt unterließen, unsere Küsten besser schützen wollen

"Charlote" das jetzt vom Stapel gelassen ist, einen Aufsieder hat, wie man ihn Jahre lang für überflüssig hielt, oder einen Aufsieder das macht eine Differenz von 290.000 M., ob ein Schiff mit Petroleum erleuchtet wird oder mit elektrischem Licht, macht einen Unterschied von 60.000 M. Auch ist es unrichtig, daß man kriegsmäßliche Schiffe nicht benannte darf; sie sind zum Kreuzerkriege sehr gut verwendbar und ein solcher Kreuzerkrieg ist unter Umständen sehr wichtig; hätten wir 1870 Kreuzer zur Verstärkung gehabt, so hätten wir Frankreich sehr wirksam die Waffenfuhr abnehmen können. Referent Rieckert betont, daß der Abg. Windthorst die Verhandlungen in der Commission unrichtig darstellte habe. Er habe die Anträge nicht etwa am Anfang der Discussion, sondern erst dann formuliert, nachdem die Redner ihre Ansichten geäußert hätten. Er constatierte, daß in den Commissionen von keiner Seite, auch nicht von den Freunden des Abg. Windthorst, weitergehende Anträge gestellt oder Bedenken geäußert worden seien. Die Discussion habe ergeben, daß ein Theil der Forderungen, welche die Majorität empfiehlt, begründet sei.

Abg. Hammacher (nat.-lib.): Die südwästafrikanische Gesellschaft, wie sie sich im vorigen Jahre unter meiner Mitwirkung gebildet hat, ist keineswegs ins Leben gerufen, um in den Schutzbereichen Geschäfte zu treiben, das weiß Herr Richter so gut wie ich, sondern um die Ehre der deutschen Colonisation zu retten (Zurufe links). Bekanntlich war der frühere Besitzer dieser Colonien, die unter den Schutz der deutschen Flagge gestellt waren, im Begriff, seine Rechte dem Auslande zu übertragen. Um dies zu verhindern, sind deutsche Männer zusammengetreten und haben die südwästafrikanische Gesellschaft gegründet. Ihr Motiv ist lediglich ein politisches und patriotisches gewesen. (Befallung rechts.)

Abg. Richter: Wenn die Ehre und die Zukunft der deutschen Colonialpolitik zunächst davon abhängt, daß Herr Hammacher und einige reiche Leute in Berlin zusammengetreten sind 200.000 M. so sind doch zu zusammengetretenen, wie ist dann eine solche Colonialpolitik zu schaffen, die in Deutschland gestellt ist auf das Wohlwollen einiger bemittelten Herren? dann sollten wir uns wahrlich hüten, uns allzu sehr darauf einzulassen.

Der Titel wird bewilligt. Der Antrag Möller wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Sozialdemokraten abgelehnt. Dem Antrag der Commission gemäß werden folgende Abstriche gemacht: 7500 M. bei Tit. 6 "Deckoffiziere"; 53.460 M. bei Tit. 10 "Löhne und Zulagen für 2 Matrosendivisionen"; 2480 M. bei Tit. 11 "Löhne und Zulagen für zwei Werftdivisionen"; 50.000 M. für Seezulagen und 100.000 M. für Instandhaltung der Schiffe; 27.700 M. bei der Naturalversorgung; 562 M. für Servis.

Von dem Kap. Industrieleistungen werden 178.000 M. abgefebt. Der Referent motiviert dies ausführlicher und erwähnt das Schlussresultat, daß nach dieser Absezung für Industrieleistung von Schiffen an laufenden Ausgaben ca. 600.000 M. weniger benötigt werden, als im laufenden Jahr tatsächlich ausgegeben sind, wenn man von den höheren Verpflegungssätzen und der einmaligen Mehrausgabe für Ablösung der Mannschaften absieht.

Auf eine Anregung des Abg. Haniel im Anschluß an den Bericht des Referenten über die Verhandlung in der Commission über Gleichstellung der Werftarbeiter mit den Subalternbeamten bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses erklärt ein Commissar, daß eine solde Gleichstellung nach Lage der Gesetzgebung nicht möglich sei.

Beim Kap. 60 (Werftbetrieb) bringt Abg. Liebknecht (soc.) die Entlastung von Arbeitern aus den feindlichen Werften zur Sprache. Besonders hart sei die Bestimmung, daß kein Arbeiter über 40 Jahren in Arbeit genommen werde. Trotz der Versicherung des Chefs der Admirälatät, daß mit den Arbeiterentlassungen sehr schonend vorgegangen werden, seien auch in diesem Jahre zahlreiche Arbeiterentlassungen unter erschwerenden Umständen — so wegen Zugänglichkeit zur Socialdemokratie und selbst gegenüber französischen Personen — vorgenommen. Die Behandlung der Arbeiter sei vielleicht harte. Redner verliest zum Erweiteren seiner Behauptungen mehrere Briefe von Werftarbeitern.

Minister v. Caprivi: Wenn ein Führer der Sozialdemokraten 7000 Arbeiter-Beschwerden gegen die Verwaltung sammelt, so hätte ich geglaubt, müßte mehr zu Stande kommen. Strenge Untersuchung der Arbeiter ist notwendig, nachdem große Unternehmungen stattgefunden haben. Das Arbeiter über 40 Jahre nicht angenommen werden, entsticht den Anforderungen, die gegebenenfalls an die Arbeiter gestellt werden. Uebrigens nehmen auch Privatfabrikanten nicht gern alte Arbeiter; ebensoviel stellt der Staat so leicht alte Beamte an. Uebrigens wird seitens der Werftverwaltung durchaus human verfahren. Auf der letzten unserer Werften, der in Danzig, beträgt die Zahl der Arbeiter unter 50 Jahren 52,1%; zwischen 40 und 50 Jahren 23,6%; zwischen 50 und 60 Jahren 6,2%; zwischen 60 und 70 Jahren 7,4%, und über 70 Jahre 0,7%. Aus diesen Zahlen kann eine Benachtheitigung der älteren Arbeiter gewiß nicht gefolgt werden.

Abg. Haniel (frei.): Das Arbeiterentlassen stattgefunden haben, kann nicht bestreiten, denn das Recht auf Arbeit kann auch eine Reichsverwaltung nicht gewähren. Bedauerlich ist aber, daß die Entlassungen in so umfangreichem Maße, so unvorbereitet stattgefunden haben. Die wohlwollenden Absichten des Chefs der Admirälatät beweise ich keineswegs, ich habe auch gar keinen Angriff auf die Verwaltung beabsichtigt, sondern nur eine Reform bei der Art der Entlassungen anregen wollen.

Abg. Liebknecht bestreitet, daß er besondere Anstrengungen gemacht, um Werftarbeiter von den Werftarbeiter zu erlangen. Was er vorgetragen, sei ihm von Arbeitern freiwillig zugesprochen worden.

Bei den einmaligen Ausgaben beantragt die Commission, statt zweier geforderten neuen Kreuzer nur einen zu bewilligen, und demgemäß 600.000 M. zu streichen.

Abg. Windthorst erklärt, er werde nicht nur für die von der Commission beantragte Streichung stimmen, sondern auch für Streichung des anderen Kreuzers, weil die beiden Schiffe in Folge der Colonialpolitik gefordert werden. Soweit man nicht größere Klarheit über die ferneren Ziele dieser Politik habe, werde das Centrum Mehrbewilligungen dafür überhaupt nicht zusammensetzen.

Referent Rieckert weist darauf hin, daß ein Zusammenhang dieser Forderung mit der Colonialpolitik nach den Verhandlungen in der Commission nicht vorhanden sei, daß das auch in der Commission nicht behauptet sei. Die Kreuzer seien Erfas für den Enclop und Nautilus, welche in den nächsten Jahren ausrangiert werden würden. Schon in der Denkschrift von 1884 habe die Marine-Beratung 20 Corvetten und 10 Kanonenboote für erforderlich erklärt. Von ersten sind 17, von letzteren 9 vorhanden.

Minister v. Caprivi bestätigt dies als richtig.

Abg. Windthorst erwidert, aus den der Postion im Etat beigelegten Erläuterungen ergebe sich gerade die Richtigkeit seiner Ansicht.

Der Antrag der Commission wird angenommen.

Die Commission beantragt, die für einen neuen Aviso als erste Rate geforderten 800.000 M. zu streichen. Die Abg. v. Salder (cons.), Hammacher und Meyer (Bremen (nat.-lib.)) befürworten die Bewilligung der Forderung.

Minister v. Caprivi: Zur See ist das einzige Mittel des Verkehrs das Auge, daß es keinen Telegraphen, da kann man keine Kündigung, keine Spione gebrauchen, ich muß das feindliche Geschwader sehen. Was ich mit dem Auge sehe, ist allein von Wert, und diese Augen sind die Aviso's. Die von 1873 sind aber nicht mehr zu gebrauchen, weil der Feind schneller gemordet ist. Wenn ein Krieg ausbräche, würden wir einen Aviso vor dem kleinen, einen vor dem großen Welt und einen gegen Nordwesten gebrauchen. Die sind wir so schwach, wie es sich mit dem Reichsinteresse nicht verträgt und ich muß schon von diesem Standpunkt aufs dringendste die Bewilligung erbitten. Die feindliche Marine ist Bezug auf Erlass und Neubaute mit einer Aufstellung in Sparfamkeit vorgegangen. Für Erlassbaute sind durchschnittlich jährlich 2½ Mill. verwendet worden. Wenn man das Schiffsmaterial nur zu 150 Mill. und die Durchschnittsdauer eines eisernen Kriegsschiffes zu

30 Jahren annimmt, so würden wir jährlich 5, bei einer Abschreibung von 4 Proc., wie sie der Bremische Vorschlag vornimmt, sogar 6 Mill. anlegen müssen. In der Presse und anderen öffentlichen Aufmerkungen habe ich die Warnung gelesen, man solle unsere Marine doch nicht zur Marine erster Klasse machen wollen, man würde es doch nicht machen können. Dabei ist meine Voraussetzung, daß wir eine tüchtige Marine zweite Klasse hätten. Das mag bei Feststellung des Flottergrundungsplanes richtig gewesen sei, was inzwischen seitens Russlands und Italiens geschehen ist, hat bewirkt daß wir faktisch auf einer Marine dritten Ranges ankommen sind. (Auf einer Marine dritten Ranges rechts.) Ich lege Werke darauf, dies vor dem Lande zu constatiren. Es ist im Lande ein gewisser Idealismus für die Flotte vorhanden, aber wenig Verständnis für die realen Machtvorstellungen. Ich bitte Sie, bringen Sie uns nicht unter eine Marine dritten Ranges. (Werke rechts.)

Die Discussion wird geschlossen. Da die Abstimmung zweifelhaft ist, so wird zur Auszählung geschritten. Die siehe ergibt bei 83 "Ja" gegen 96 "Nein" die Nichtbeschäftigtheit des Hauses.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

zu Berlin, 26. Januar. Im Reichstag ist bis jetzt der angekündigte Doppelwährungsantrag vergeblich erwartet worden. In der letzten Fraktionssitzung der Reichspartei soll dieferhalb zwischen dem Abg. v. Kardorff, der heftige Angriffe gegen den Finanzminister v. Scholz wegen dessen Erklärung im Abgeordnetenhaus richtete, und dem Abg. v. Lohren, einem der wenigen conservativen Verteidiger der Goldwährung, ein leidenschaftliches und über den parlamentarischen Sprachgebrauch weit hinaus gehendes Rededuell stattgefunden haben. Die Erbitterung der Bimetallisten über die Scholz'sche Erklärung ist um so größer, als man in Erfahrung gebracht haben will, daß in der That der preußische Finanzminister bei dieser Gelegenheit nicht nur in seinem eigenen Namen gesprochen hat. In parlamentarischen Kreisen wurde schärfer Weise die Behauptung aufgestellt, Minister v. Scholz habe seine Erklärung zu Gunsten der Goldwährung nur deßhalb abgegeben, weil er es vorziehe über die Währungsfrage anstatt über das Branntweinmonopol zu hören.

L. Berlin, 26. Jan. In der XIII. Commission wurde heute die Gründung der rechtlichen Seite des Beschlusses des Bundesrats betr. den Petroleumzoll fortgesetzt. Selbst der (cons.) Abg. Clemm (Oberlandesgerichtsrath in Dresden) sprach sich dahin aus, daß der einstige Beschluss des Bundesrats eine rechtlich gültige Änderung des Zollgesetzes nicht schaffen könne. Der Versuch des (cons.) Abg. v. Gerlich (Legationsrath), dem Bundesrat durch tendenziöse Übertriebungen zu Hilfe zu kommen, mislang vollständig und wurde von dem Abg. Dr. Barth in geradezu vernichtender Weise zurückgewiesen.

— In bishen Finanzkreisen wird versichert, die Erklärung, welche Finanzminister v. Scholz im Abgeordnetenhaus gegen die Agitation der Anhänger der Doppelwährung abgegeben hat, sei auf Grund eines Beschlusses des preußischen Staatsministeriums erfolgt.

A.K.C. Berlin, 26. Jan. In dem soeben erschienenen Jahresbericht der Handelskammer zu Mannheim spricht ein schützöllnerischer Mälzer über den Einfluß des erhöhten Gerbenzolls ein recht bemerkenswertes Urteil aus. Den neuen hohen Schutzzoll für Malz läßt sich der Fabrikant selbstverständlich sehr gern gefallen; er erklärt einfach, daß ohne diesen Zoll die heimische Malzindustrie kaum lebensfähig wäre. Mit ganz anderen Augen sieht er aber den Zoll auf Gerste an. Die deutsche Gerste hat i. J. 1885 durch die kurz vor der Ernte eingetretene Trockenheit eine ungewöhnlich starke Hülse und allzu reichen Kleberstoff erhalten, wodurch die Malzfabrication erschwert wurde und das Fabrikat unehrfreudig aussießt. Die Mälzerwaren also auf den Bezug ungarischer Gerste angewiesen. Deshalb war aber, wie der Bericht angiebt, da Rückvergütung des Zolles nicht gewährt wird, eine Ausfuhr von Malz in's Ausland ausgeschlossen. Was bedeutet dies anderes als ein Zugeständnis, daß der erhöhte Gerbenzoll nicht etwa vom Ungarn getragen wurde, sondern in vollem Betrage auf die deutsche Malzindustrie fiel, die eben in Folge dieser Mehrbelastung auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig wurde? Mag man in Deutschland und in Ungarn den Anbau von Gerst ausgedehnt haben, mag Gerste selbst im Preise beträchtlich gefallen sein, diese Differenz im Kaufpreise, welche der erhöhte Zoll zu Ungunsten des deutschen Mälzers verhiefen hat, lastet selbst nach diesem schützöllnerischen Urteil unweifbar auf der deutschen Mälzer und damit schließlich auf dem deutschen Consument.

Abg. Haniel (frei.): Das Arbeiterentlassen stattgefunden haben, kann nicht bestreiten, denn das Recht auf Arbeit kann auch eine Reichsverwaltung nicht gewähren. Bedauerlich ist aber, daß die Entlassungen in so umfangreichem Maße, so unvorbereitet stattgefunden haben. Die wohlwollenden Absichten des Chefs der Admirälatät beweise ich keineswegs, ich habe auch gar keinen Angriff auf die Verwaltung beabsichtigt, sondern nur eine Reform bei der Art der Entlassungen anregen wollen.

* [Der Kronprinz] feiert heute, Mittwoch, den 27. Januar, sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum als Stathalter von Pommern. Am zweiten Geburtstage seines ältesten und damals einzigen Sohnes erhält er folgende Cabinettsordre:

"Ihr Königliche Hoheit habe Ich zum Stathalter von Pommern ernannt und will Ihnen hiermit an dem heutigen Tage, an welchen in der Geschichte Unseres Hauses ein so freudiges Ereignis geknüpft ist, einen besonderen Beweis Meines väterlichen Wohlwollens zuwenden. Wilhelm."

Etw. königl. Hoheit habe Ich zum Stathalter von Pommern ernannt und will Ihnen hiermit an dem heutigen Tage, an welchen in der Geschichte Unseres Hauses ein so freudiges Ereignis geknüpft ist, einen besonderen Beweis Meines väterlichen Wohlwollens zuwenden.

K. Berlin, 26. Jan. Man glaubte allgemein, daß bereits am Mittwoch die Debatte über die Polenfrage erfolgen werde und aus diesem Grunde war die Nachfrage nach Tribünennillets fürs Abgeordnetenhaus heute so stark, daß sich der zuständige Beamte, um dem unaufhörlichen Andrang der Petenten zu wehren, veranlaßt gesessen hat ein Plakat an die Straßenfront des Abgeordnetenhauses anzuhängen des Inhalts, daß alle disponiblen Billets bereits vergeben seien.

* [Das deutschfeindliche Verhalten der polnischen Bevölkerung] im Königreich Polen nimmt in Folge der Ausweisungen immer mehr zu, und die dortige polnische Presse ist eifrig bemüht, den Hass gegen die Deutschen zu schüren. Mögen diese Beleidigungen auch sonst verschiedene Richtungen verfolgen und mit einander in Fehde stehen, in dem Einen, in der Schürung der Feindseligkeit gegen das Deutschtum, bläsen sie alle in ein Horn; es gilt dies besonders von den drei Partei-Organen: "Rola", "Prawda" und "Chwila". Die feindliche Stimmung der polnischen Bevölkerung offenbart sich besonders in dem Abbruch der Handels- und sonstigen Verkehrs-Beziehungen zu den Deutschen. Wie dem "Dziennik Poznań" aus Warschau geschrieben wird, beginnen die deutschen Fabrikarbeiter unter dem Druck dieser Stimmung polnisch zu lernen; die älteren unter ihnen, die in Russisch-Polen geboren sind, bekennen nicht mehr ihr Deutschtum, sondern bezeichnen sich als Polen; in den Verwaltungen deutscher Gewerbe wird jetzt auch polnische Correspondenz eingeschüttet, während die meisten polnischen Firmen mit dem Auslande nicht mehr deutsch correspondieren und meistens schon in Handelsbeziehungen zu englischen und französischen Firmen getreten sind.

* [Pechuel-Lösch und Stanley.] Wir haben vor einiger Zeit die Schrift des Herrn Pechuel-Lösch über das Congo-Unternehmen und gegen Stanley erwähnt. Das Organ des Congo-Staates, das "Mouvement Géographique" in Brüssel bringt jetzt

zur Biderlegung der in jener Schrift aufgestellten Behauptungen über die Aussichtslosigkeit oder die sehr geringen Aussichten des Unternehmens einen Artikel, der Herrn Pechuel-Lösch's Schrift allerdings informiert zu entkräften geeignet scheint, als dazu Briefe benutzt werden, welche dieser selbst während seines Aufenthalts am Congo geschrieben hat. Man erhält freilich nur abgerissene Citate aus ihnen.

* [Russische Repressalien.] Der "Ruf", das erzürnliche Organ Aksatoff's, bringt folgende interessante Enthüllung:

Russland habe bezüglich der Ausweisungen vor einiger Zeit eine Note nach Berlin gerichtet, in welcher dargelegt wurde, daß Russland wohl mit Ausweisungen von Deutschen aus Russland antworten könnte, davon jedoch absehbar, wohin aber den Abschluß einer neuen Convention mit Preußen verlange, welche fernerhin die Interessen der innerhalb der preußischen Grenzen sich aufhaltenden russischen Unterthanen schütze.

* [Angesichts der Bedeutung des genannten Blattes und seines Herausgebers und angesichts der Rücksichten, an welche die Presse bei den in Russland herrschenden Zuständen gebunden ist, muß bemerkt dazu das "Berliner Tageblatt" —

wohl angenommen werden, daß die obige Nachricht im Wesentlichen auf thatächlichen Vorgängen beruht, die sich bis jetzt der öffentlichen Kenntnis entzogen haben. Ist das aber der Fall, dann drängt die Frage auf, was aus der russischen Anregung geworden ist. Bis jetzt hat man nur von einer Convention zur Auslieferung, nicht aber von einer solchen zum Schutz russischer Staatsangehöriger in Preußen gehört. Sollte man diesseits das russische Ansehen rundweg abgelehnt und sollte Russland eine solche Zurückweisung ohne Weiteres eingefordert haben? Eins ist so wenig wahrscheinlich wie das andere. Das aber ist klar, daß die Ausweisungsfrage die Keime zu Differenzen und Reibungen in sich birgt, die auf dem Gebiet der auswärtigen Politik liegen und leicht eine größere Tragweite annehmen könnten."

* [Der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha] ist gestern Abend hier eingetroffen. Sowohl bekannt, gedenkt derselbe morgen Berlin wieder zu verlassen. Dies und die gleichzeitige Anwesenheit des Herzogs von Edinburgh bringt man in Zusammenhang mit Befreiungen über die Coburg-Gotha Thronfolge.

* [Die Sectionen und Berufsgenossenschaften.] Neben die Stellung, welche die einzelnen Sectionen zu der betreffenden Berufsgenossenschaft einnehmen sollen und über die Frage, wie neben der für die Sectionengeschäfte erforderlichen Selbstständigkeit die Gemeinschaftsinteressen des Genossenschaftsganzen gewahrt werden sollen, hat das Reichsversicherungsamt unter dem 19. d. M. ein Circular schreiben an die sämtlichen Berufsgenossenschaften gerichtet, welchem wir nachstehend entnehmen, da es sich hierbei um eine Regelung wichtiger Beziehungen handelt:

Bevor das Reichs-Versicherungsamt zu einer allgemeinen Regelung dieses Geschäftsverlehrts übergeht, legt dasselbe Werth darauf, von der Stellung des Vorstandes zu dieser Angesiedelten Kenntnis zu erhalten. Hinsichtlich der eventuellen Art der Regelung würde nach einem Vorbilde in der preußischen Staatsverwaltung die Einrichtung getroffen werden können, daß Zuschriften der örtlichen Genossenschaftsorgane an das Reichs-Versicherungsamt in allen Fällen durch Vermittlung des Genossenschaftsvorstandes vorzulegen wären. Zu diesem Zweck hätten die Vertrauensmänner — eventuell durch Vermittlung ihres Sectionsvorstandes — sowie die Sectionsvorstände ihre für das Reichs-Versicherungsamt bestimmten Eingaben unter Briefumschlag an den Genossenschaftsvorstand eingufend, welcher gehalten sein würde, die Vorlagen umgehend weiter zu befördern, nachdem er von dem Inhalte Kenntnis genommen und seine etwaigen Bemerkungen hinzugefügt hätte. Wenn solche Bemerkungen nicht zu machen wären, so würde ein die Kenntnisnahme bezeichnender Vermerk genügen. Mit dem gemachten Zusatz wäre die Vorlage unter Briefumschlag dem Reichs-Versicherungsamt einzureichen. Das Reichs-Versicherungsamt bittet.

An Thüringen, 23. Jan. Wunderschöne Dinge passieren im Fürstenthum Reuß-Greiz. So hatte kürzlich der Landtag dieses Duodezstaates für das städtische Gymnasium in Greiz 6900 Mark bewilligt "unter gewissen Bedingungen", die jedoch der Regierungsvorsteher dem Landtag nicht bekannt gab. Kürzlich wurde nun dem dortigen Gemeinderath die Mitteilung gemacht, daß sich die Regierung für diese Summe das Befreiungsrecht der Directoresselle und des Religionslehrers ausbedingt.

Ratibor, 26. Jan. Bei der Reichstagssitzung im Kreise Ratibor ist Dejanic v. Gliszczynski (Centrum) gewählt worden.

Frankreich.

Paris, 26. Januar. Der Ministerrat genehmigte heute das Organisationsdecret für die Protectorate von Tongking und Madagaskar, der Marineminister Aubé erstattete Bericht über die neuesten Erfahrungen der Marine in Bezug auf das Torpedowesen.

Präsident Grévy empfing heute Mittag den Fürsten von Montenegro. (W. T.)

Russland.

* [Die Schließung der Bank von Polen.] Am 13. Januar fand, wie z. B. gemeldet wurde, in Warschau die feierliche Gründung des an Stelle der Bank von Polen tretenden Staatsbank-Comtoirs statt, und damit hat sich ein Ereignis vollzogen, welches, obgleich seit einem Jahr vorbereitet, dennoch die schmerzlichsten Empfindungen in der Bevölkerung hervorrief. Generalgouverneur Gurko wollte, schreibt man dazu der "P. Zg.", der Einweihungsfeier einen möglichst solleinen Anstich verleihen und erließ an die Spitzen der Behörden, der Geistlichkeit aller christlichen Confessionen und Kaufmannschaft offizielle Einladungen zur Theilnahme an der religiösen Feier sowie zu dem darauf folgenden Banquet, für welches nicht weniger als 5000 Mtl. aufzugeben waren. Wie unter den obwaltenden Umständen vorausgeschieben werden konnte, war die Bevölkerung der in erster Reihe interessirten Handelskreise eine außendringliche Geistlichkeit gegen das Deutschtum fern. Das Banquet verlor in feierlicher Stille, nur durch die offiziellen Topte des Generalgouverneurs Gurko und des Leiters

Zeit bedeutend verschlechtert haben sollen, nicht möglich war. Deckung aufzutreiben, so ist von dem Vorstande der Käfe die Anzeige bei der Behörde erstatet worden.

a. Königsberg, 26. Januar. Gleich nachdem der von der hiesigen Kaufmannschaft angefertigte Eisbrecher damals seine Thätigkeit in diesem Winter begonnen hatte, war seine Thätigkeit in dem Winter begonnen hatte, war seiner Theile der Hafthüter bei der Regierung eine Beschwerde eingereicht worden, welche darüber Klage führte, daß durch den Eisbrecher in dem Haftheile eine offene Rinne hergestellt werde, welche besonders die Bewohner der Nordküste in der Ausübung der Fischerrei hindere und darum eine bedeutende Störung in ihrem Gewerbe involviere. Die Folge der Beschwerde waren Verhandlungen mit dem Vorsteheramt der Kaufmannschaft, in denen das letztere geltend machte, daß die Beschwerde Dinge betreffe, die seit Jahren voraussehen gewesen, da seit Jahren der Plan der Anfassung des Eisbrechers bekannt; damals aber sei von seiner Seite ein Einspruch erhoben worden. Jetzt, da die Anfassung auf Anrathen der Regierung geschehen und der Dammer im Betriebe, sei eine Beschwerde wohl zu spät. Zugem steht dem Interesse der Fischer dagegen des Handels gegenüber. Um indeß den Fischern entgegenzutunnen, hat das Vorsteheramt sich bereit erklärt, zu Anfang des Winters, sobald das Kerneis 20. Cm. stark sei, den Frühling jedoch hat man sich freie Hand be halten. — In Betriff des von Rusland wieder eingeführten Speditionsmonopols an den Grenzübergängen hat sich das erwähnte Vorsteheramt in neuester Zeit durch geeignete Schritte bemüht, die spärlichen Wirkungen dieser Maßregel abzuschwächen. Vornehmlich sind die diesigen Eisenbahnverwaltungen erachtet worden, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß an jedem russischen Grenzübergangspunkte mindestens eine größere Anzahl von Spediteuren als Eisenbahnagenten angestellt werde, damit Verzögerungen in der Abfertigung vermieden werden und der beteiligte Handelsstand eine gewisse Auswahl habe.

Herr Geheimrat, Professor Dr. J. Jacobson in Königsberg begab sich Sonnabend Vormittag nach Paris, um den Professor der dortigen Universität, Javal, welcher an einem gefährlichen Augenleiden erkrankt ist, zu operieren. Nachdem die berühmtesten französischen Ärzte vergeblich versucht hatten, ihrem Landsmann zu helfen, wandte sich Javal telegraphisch an Professor Jacobson mit der Bitte die Operation zu wagen, da er das größte Vertrauen zu seinem deutschen Collegen habe. (R. A. 3.)

Vergleichende wöchentliche Sterblichkeitsstatistik einer Anzahl grösster Städte.

Jahreswoche vom 10. bis 16. Januar 1886.

Städte.	Einwohnerzahl per Tausend.	Zahl der Todest. ohne Todtgeb.	Todesfall per Jahr.	Lebende.	Blattorn.	Maschine.	Sacharisch.	Diphtherie und Grippe.	Kochhusken.	Unterleber-Typus.	Brotduftschleife.	Wecktröhre.	Epid. Genickstarre.	
Berlin .	1815	588	137	21,5	—	1	9	12	—	2	2	—	—	—
Hamburg .	471	299	85	29,7	—	1	8	—	—	11	2	—	—	—
Breslau .	298	143	36	24,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München .	260	135	41	27,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dresden .	245	107	30	22,7	—	6	3	7	—	1	—	—	—	—
Leipzig .	170	91	36	27,8	—	1	2	7	—	—	—	—	—	—
Köln .	160	82	17	26,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Königsberg .	150	107	25	56,9	—	1	4	—	1	5	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	153	59	9	20,7	—	2	1	3	—	—	—	—	—	—
Hannover .	188	71	20	16,8	—	1	1	—	—	2	—	—	—	—
Bremen .	118	53	16	25,9	—	3	1	—	—	—	—	—	—	—
Danzig .	114	69	19	8,3	—	3	2	3	—	—	4	—	—	—
Stuttgart .	113	86	10	16,5	—	2	1	—	—	—	1	—	—	—
Strassburg . E.	112	46	16	21,3	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Nürnberg .	114	46	18	20,9	—	—	2	—	—	—	4	—	—	—
Barmen .	105	56	10	25,2	—	2	1	3	—	—	—	—	—	—
Magdeburg .	114	62	21	18,8	—	2	1	7	—	—	—	—	—	—
Altoma .	164	55	20	30,3	—	6	—	3	1	—	—	—	—	—
Düsseldorf .	114	60	13	27,3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erfeld .	106	41	11	20,0	—	1	—	1	—	—	1	—	—	—
Stettin .	95	57	17	6,6	—	1	—	2	—	—	1	—	—	—
Aachen .	95	44	12	24,0	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz .	110	63	34	29,6	—	1	—	—	—	—	4	—	—	—
Braunschweig .	93	38	9	23,2	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—
Minden .	84	32	12	21,5	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—
Kassel .	84	42	4	19,6	—	2	2	4	—	—	—	—	—	—
Königsruhe .	85	21	7	19,8	—	3	1	—	—	—	—	—	—	—
Mannheim .	81	21	7	21,8	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Darmstadt .	53	15	8	15,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wiesbaden .	55	19	8	17,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
London .	1419	1902	337	33,9	1	51	13	36	103	12	32	45	—	—
Paris .	769	138	165	26,4	12	25	55	52	7	21	45	—	—	—
Prag .	281	181	54	33,4	4	—	3	1	—	1	10	—	—	—
Odessa .	194	13	36	55,8	3	1	3	2	—	1	5	—	—	—
Kopenhagen ¹⁾ .	280	111	25	20,0	—	2	1	—	—	—	5	—	—	—
Basel .	70	26	10	18,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pest ²⁾ .	429	272	55	32,0	15	19	—	8	—	4	18	—	—	—
Brüssel ³⁾ .	175	26	28	27,8	1	1	1	4	1	8	—	—	—	—
Petersburg ⁴⁾ .	922	556	12	31,1	5	13	20	11	4	12	79	—	—	—
Warschau ⁵⁾ .	408	222	65	23,4	2	2	3	8	2	6	18	—	—	—
Bukarest .	200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Madrid .	475	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

1) Bis 12. Januar. 2) Bis 9. Januar. 3) Bis 9. Januar. 4) Bis 9. Januar. 5) Bis 9. Januar.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 26. Januar. Für die Akademie der Künste steht ein wichtiger Gedenktag bevor. Am 5. Februar 1786 stellte Friedrich der Große das Institut, welches lange Zeit so gut wie aufgehoben war, in seiner früheren Verfassung wieder her. Eröffnet wurde dasselbe am 11. Juli 1789, während die Stiftungsurkunde bereits am 20. März desselben Jahres ausgestellt worden war. Friedrich Wilhelm hob gleich im Anfang seiner Regierung die Akademie fast gänzlich auf, indem er die den Mitgliedern gezahlten Renten strich und nur dem Director Weidemann 900 Thlr. Jahresgehalt weiterzahlten ließ. Gegen diesen war der König nur deshalb gnädig, weil er die Porträts seiner Kriegergradiere genau nach Lebensgröße anfertigen sollte. Die erneuerte Akademie veranstaltete bereits am 18. März 1786 in den Sälen des oberen Stockwerks des Akademiegebäudes die erste Kunstanstellung, deren Ausstellung in diesem Jahre die große Jubiläums-Kunstausstellung gilt.

* (Augsdorffsche) Otto Hoffmann ist, wie bereits gemeldet, am 20. d. gestorben. Der durch seine Jugenddriften weit über die Grenzen Deutschlands hinaus rühmlich bekannte Schriftsteller hat nur ein Alter von 45 Jahren erreicht. Durch jahrelanges Siechthum (er war seit ca. 8 Jahren gelähmt und daher gezwungen, sich im Fahrstuhl fortbewegen zu lassen) in seiner schriftstellerischen Thätigkeit sehr beeinträchtigt und daher fast erwerbslos geworden, genos er, so melden obersächsische Blätter, namentlich von Seiten mehrerer deutscher Lehrerbvereine, Desterreichs u. wiederholte pecuniäre Unterstützungen, so daß er wenigstens vor Mangel und Not gelöscht war. Auch reichliche Unterstützungen flossen von Seiten seiner Verwandten. Seine Tochter, eine geborene v. Garnecht, ist schon vor Jahren gestorben und seine Kinder sind auswärts (einige in Stuttgart) untergebracht, so daß er in seinem Wohnort Rybnik vereinzelt und fern von den Seinen sein Leben beschleichen mußte.

* Heute (Mittwoch) vor hundert Jahren, am 27. Januar 1786 starb Zieten, der berühmte Reitergeneral Friedrichs des Großen.

* Die ausgeworfenen Stoffe beim Ausbruch des Katastrophen ereichten, wie die Unter suchung ergeben hat, zum Theil eine Höhe von 50 Kilom., die seien Theile jedoch wurden noch höher hinaufgeführt. Die Oberfläche des Theiles der Erde, wo ausgeworfene Asche fiel, wird auf 15 019 geographische Quadratmeilen berechnet; die Kolosseinseln und Singapur bilden die nördliche und südliche Enden und etwa Patna auf Java die östliche und westliche Grenze. Durch eine sorgfältig ausgeführte Berechnung wird eine Totalmenge von 18 000 000 Tonnen, an ausgeworfenen Stoffen gefunden. Feiner Stoffe scheinen noch lange schwengen zu sein, wie die Beobachtung der farbigen Sonnen und des Abendrotts beweisen, welche Erscheinungen übrigens, was ihre Ursache betrifft, von einander getrennt werden müssen. Das außerst genannte Phänomen muß direct den Staubböschungen zugeschrieben werden, die Abendröte dagegen hauptsächlich dem Wasser dampf, welcher den größten Theil des Wolfs bildete und sich in den höheren Lagen condensirt und zu Eis wurde. Der Weg, den die "Staub-Dampf"-Wolke zurücklegte haben muss, läßt sich leicht verfolgen. Am 9. September erreichte Ceylon, nachdem sie einmal um die Erde

gegangen war; dies würde einer Schnelligkeit von 37 Meter per Secunde entsprechen; einzelne Theile haben bald nach dem Ausbruch dieselbe Wirkung im Osten, in Aufstrafen, gehabt. Da nun die Aschen- und Dampftheile der Wolfe, welche zuerst dem Äquator nahe stand, vermutlich durch die NW- und SW-Antiklinalen windete, nach Norden und Süden bewegt wurden, haben wir hier die Erklärung, weshalb man die wunderbaren Erscheinungen erst später in den entfernteren tropischen Erdstrichen gesehen hat; es geschah dies nach und nach, als die mitgeführten Stoffe sich mehr vertheilten.

Fremde.

Hotel drei Mohren. Wacker, Schönwald, Herz, Rauer, Lemberg, Lemke a. Berlin, Friedmann, Lipmann, Silberstein a. Breslau, Rieck a. Stettin, Zeitel a. Wien, Kaufleute,

Börsen - Depesche der Danziger Zeitung. Berlin, den 27

Nachruf.

Heute früh verschied nach fast einjährigem Leiden mein Reisender. Herr

William Hirschberg.

Seit länger als 15 Jahren hat derselbe mit seltener Pflichttreue und unermüdlichem Eifer in meinem Geschäft gewirkt, mein vollstes Vertrauen besessen und durch seinen ausserordentlich rechtschaffenen Charakter er verstanden, sich die allgemeine Achtung und Liebe meiner Geschäftsfreunde zu erwerben.

Ich verlere in dem Entschlafenen einen tüchtigen Mitarbeiter, dessen Andenken stets in Ehren bewahren werde.

Danzig, 26. Januar 1886.

Theodor Kleemann.

Heute früh 9 Uhr entschlief nach längerem Leiden unser Mitarbeiter. Herr

William Hirschberg.

Wir betrauern in ihm einen treuen, wahren Collegen, der liebevoll uns zur Seite stand, und dessen Andenken wir dadurch ehren und zu erhöhen glauben, dass wir stets bemüht bleiben werden, ihn uns als Vorbild dienen zu lassen.

Danzig, 26. Januar 1886. (6619)

Das Personal

der Firma Theodor Kleemann.

Sophie Feldtmeyer
Julius Hinkel
Berlebte.

Danzig, Königsberg,
den 24. Januar 1886.

Sprotten
empfiehlt (6622)
Westpreuss. Fischräucherei
3, Kohlengasse 3.

Kühnes
geruchloses Ledersattel,
preisgekrönt mit der übern. Medaille
a 30 ₦ und 75 ₦ sowie
schwed. Sliesselschmiede
a 25, 50 ₦ und 1 ₦ empfehlen
Gebr. Paetzold,
Drogen-handlung.
Hundegasse 38, Ecke Melzergasse.

Hedwig Walter,
Eugen Gohr,
Berlebte.
Wernersdorf, Crenzburg, Ostpr.
Loose der Zoppoter Kinder-
Heilstätten-Lotterie a. d. 1.
Loose der Kölner Dombau-
Lotterie a. d. 3,50,
Loose der Marienburger Geld-
Lotterie a. d. 3 (6625)
Loose der Ulmer Münsterbau-
Lotterie a. d. 3,50 bei
Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Musikschule
von G. Jankevits, Fleischergasse 9.
Annahme neuer Schüler Montag,
den 1. Februar. (6607)
Verlag von A. W. Käsemann
in Danzig.
Soeben erschien:
Freiherr von Mirbach,
Sorquitten
und die Währungsfrage.
Ein Mahnwort an Deutschlands
Landwirthe
von C. Wilbrandt zu Pisede,
Landwirth.

Preis 10 Pfennige.

Zu beziehen durch die Expedition
der „Danziger Zeitung“.
Loeschin
Geschichte v. Danzig
wird zu kaufen gesucht von
F. G. Homanns Buchdr. Danzig.

Hotel
Deutsches Haus,
Danzig,
Holzmarkt Nr. 12,
empfiehlt seine gut eingerichteten
Fremdenzimmer von 1,50 an,
sowie seine Restaurants-Räumlichkeiten
zur gefestigten Benutzung.
4843 Hochachtungsvoll

A. Küster.

Einen kleinen Rest vorjährigen
Roquesfort-Käse,
1 ₦ a Pf.,
empfiehlt räumungshalber

F. E. Gossing,
Sopen- und Portehaushaltsgasse Ecke
Nr. 14. (6626)

Räucherlachs,
a Pf. 2 ₦, und Bücklinge, a Post-
coll 2 ₦ 60 ₦, versendet die Fisch-
räucherei von

J. Waltmann, Puzig.

Täglich frisch aus dem Nach-
gr. Maranen u. Fett-Bücklinge
Seefischräucherei (6640)

Spindhaus-Gasse Nr. 6.

Feinste Tafelbutter a Pf.
1 Pf. 20 Pf., Kochbutter a Pf.
90 u. 80 Pf., vorzügl. Käsefee-

Sahne, Schlag-Sahne,
auf Wunsch geschlagen, empfiehlt die

Baukauer Meierei

Holzmarkt 24, Eingang Breitgasse.

Englische
Maschinenköhlen und
Steam small
ab Neufasswasser,
sowie
oberflächliche

Stift-, Würfel- und
Musköhlen re.
aus Florentine-Grube
offiere (6475)

billigst in Waggon-Ladungen nach
allen Bahnhofstationen.

H. Wandel, Danzig.

Arnold, Hinterm Lazareth 5,
gerichtl. vereid. Kreis-Taxator, Sach-
verständiger, Taxator f. d. Weltpr.
Imm.-Ferner-Societät u. Bertrans-
mann, befreigt Capitalien a 4—5 Proc.
incl. Amortisation, Ferner- u. Hagel-
versicherungen, Erb-Regulirungen,
gerichtl. Gutachten und Taten.

Den Empfang von Neuheiten in schwarzen, farbigen und weissen Seidenstoffen

berühre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen.

W. JANTZEN.

Preussische Hypotheken-Actien-Bank.

Bezugnehmend auf unsere Bekanntmachung vom 26. October 1885, die Convertirung unserer

4½ procentigen, pari rückzahlbaren Pfandbriefe Serie VII

betreffend, und nachdem von der ursprünglichen Summe von 33,7 Millionen innerhalb der stillschweigend bis zum 15. Januar 1886 verlängerten Frist 29 Millionen convertirt worden sind, kündigen wir hiermit den nicht convertirten bezw. nicht abgestempelten Rest dieser Pfandbriefe Serie VII

zur Rückzahlung zum 1. August 1886,

von welchem Tage ab diese hinmit aufgerufenen Pfandbriefe außer Verzinsung treten.

Convertirungen dieser Pfandbriefe Serie VII unter den bisherigen Bedingungen werden nicht mehr vorgenommen.

Wir sind jedoch bereit, bei dem Umtausche dieser aufgerufenen Pfandbriefe Serie VII in unsere

4 prozentigen Pfandbriefe, sofern dieser Umtausch

vor dem 15. Februar 1886

erfolgt, neben den bis zum Umtauschtag laufenden Zinsen eine Extravergütung von 4/10 Prozent zu gewähren (was einer 4½ prozentigen Verzinsung bis zum 1. Oktober gleichkommt).

Zugleich machen wir wiederholt auf unsere Bekanntmachung vom 12. d. Mts. aufmerksam und sind bereit, die verloosten und am 31. März bzw. 30. Juni d. J. fällig werdenden Pfandbriefe der Serien I, V und VI schon jetzt und bis zum 15. Februar d. J. mit den in genannter Bekanntmachung näher angegebenen Zinsvergütungen gegen Baar einzulösen oder gegen 4 prozentige Pfandbriefe umzutauschen.

Berlin, den 25. Januar 1886.

Die Hauptdirektion.

Sanden. Schmidt.

Nachruf wird nicht honoriert.

L. J. Goldberg'schen Waarenlagers behufs vollständiger Räumung zunächst zum Ausverkauf:

Patentvelvets, Meter 90 Pf., Atlaße 60 Pf. — 1 Mt.

Ballblumen, Blumenjardinieren, Rüschen, Mtr. v. 10 Pf. an,

Schwarze echte breite Sammete in drei vorzügl. Sorten, Meter 3, 4 u. 5 Mark.

Couleurte Sammete u. Peliches, Mtr. 2,50 — 3 Mt.

Euler's Leihbibliothek, Heil. Geistgasse 124, empfiehlt sich einem hiesigen wie auswärtigen Publikum, versehen mit den neuesten Werken, zu gesell. Abonnement. (6597)

für Havana-Raucher Gelegenheitskauf.

1885er Havana,

hochfeine Qualität, vorzüglicher Brand,

äußerster Preis bei Abnahme von 500 Stück

in ½ Mille-Kisten, Mtr. 63 pr. Mille,

100 Stück Mtr. 6,50, 10 Stück 70 Pf.

wenigstens doppelter Werth.

Otto Peppel,

Langenmarkt 25/26.

Nach auswärts verfende als Probe 100 Stück in Originalpackung franco per Nachnahme mit M. 7.

Ausverkauf zu Taxpreisen

empfiehlt auch nach außerhalb

H. Volkmann, Matzkausche-
gasse 8.

Hypothekencapitalien

will eine Versicherungs-Gesellschaft geg.

1. Hyp. a 4 ¼ — 4 ½ % ausleiste. Näh. d. b. d.

Gen-Agenten Arsch, Hundegasse 60.

Idioten! und harml. Geisteskr. finden

gegen mäßige Entschädigung in meiner Familie gewissen Pflege- und Aufsicht. Lawsten per Königsberg i. Pr. Glage. (6605)

Alle anderen technischen Artikel.

Alle chirurgischen Gummi-
fabrikate, 2 neue Grabitter,
die fast n. Glas z. Repositorien.

Hans Maier, Ulm a. d.

Directer Import ital. Produkte

lieferst ausgewählte ital. Lege-
bücher und Häufigen: schwarze

Dunkelfüchse ab Ulm 2,20,

franco 2,50, hunde Dunkelfüchse ab Ulm 2,20, franco

2,50, hunde Gelbfüchse ab Ulm 2,75,

rein hunde Gelbfüchse ab Ulm

2,75, franco 2,75, rein schwarz

schwarze Lamotte ab Ulm

2,75, franco 2,75, rein schwarz

Steinflecke 2 in d. Fab.

Ein erfahrener gebieger Fabrikant

eines sehr lucrativen Artikels sucht

einen möglichst laufmännisch gebildete

Theilnehmer mit successiver

Einlage von 6000—10000 M.

Adressen unter 6628 in der Expd.

dieser Zeitung erbeten.

Für ein Materialwaren-Geschäft

auf dem Lande wird ein kleines

Repositorium zu kaufen gesucht. Preis-
angebote erwünscht. (6600)

Guitar Heinele's Nachfolger,

Lauenburg i. Pomm.

Einen Lehrling,

der höhere Schulklassen oder die

Handels-Akademie besucht hat,

gebrauche ich für mein Geschäft

z. April. Meld. sogl. erwünscht.

Hermann Pape, Winterplatz 40.

Einen Expedienten

und einen Registratur,

von denen wenigstens einer polnisch

spricht, sucht (6612)

Gimkiewicz,

Rechtsanwalt und Notar in Thorn.

Fräulein 47 ist ein Comtoirleg.

sof. od. 1. April z. verm. Näh. 2 Tr.

Ein Comtoir ist Heil. Geistgasse 81

zum 1. April zu vermieten.

Ein Grundstück mit Garten

und Pferdestall in der Sand-

grube zu verkaufen. Adressen

unter 6322 in der Expedition

dieser Zeitung erbeten.

Ein edles eleg. Pferd,

Rappstute m. St. 4 J.

alt, 5' 3", tugendhaft,

als 2 jähr. Fohlen —

schwerer Reitschlag — in Danzig erste

Prämie gebolt, hat zu verkaufen Dom.

Janzenhain bei Danzig. (6594)

Gin schon viele Jahre am Platz

ansässiger Geschäftsmann, 35 J.

alt, von angenehmem Aussehen, sucht

Beilage zu Nr. 15665 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 27. Januar 1886.

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom 26. Januar.

Zweite Berathung des Etats. Domänenverwaltung.

Abg. v. Minnigerode (cons.): 24 Domänen haben einen Mehrertrag geliefert. Bei 19 Domänen ist ein erheblicher Rückgang zu constatiren. Was soll bei dem weiteren Rückgang der Landwirtschaft aus unseren Domänen werden?

Abg. Dirichlet (freiz.): Ich hätte Herrn von Minnigerode auf seine Rede bei der ersten Berathung des Etats antworten können. Die „gouvernementale Mittelpartei“ hat aber Schluß gemacht. Sie (die Nationalliberalen) haben es in der Ritterlichkeit der Kampfesweise bereits sehr weit gebracht. (Oho!) Ich habe das Wort ergriffen, um an die schützölnerischen Parteien des Hauses die dringende Bitte zu richten, doch endlich einmal aufzuhören, sich gewissermaßen als Landarme des Staates zu gerieren. Sie haben im Reichstage Alles erreicht, und doch seit 8 Jahren immer schlimmere Klagen. Glauben Sie damit der Landwirtschaft zu dienen? Wenn die Landwirtschaft wirklich so darniederläge und wenn, wie Sie sagen, die Mehrzahl aller Deutschen in der Landwirtschaft direct beschäftigt oder an ihr interessirt ist: wer soll ihr dann helfen? Die Minorität? Der landwirtschaftliche Minister pflegt zwei Wege zu gehen: handelt es sich um die Motivirung von landwirtschaftlichen Zöllen, so stellt er die Landwirtschaft in ein ungünstiges Licht, handelt es sich um technische Fragen, so verweist er die Landwirthe auf die Selbsthilfe, und dies ist das Richtige. Ich leugne nicht, daß eine große Zahl von Landwirthen sich in einer unangenehmen Situation, oder wenn Sie wollen, in einer Notlage befindet. Ich selbst hatte den größten Theil meines Lebens darunter zu leiden. Ich habe mir aber gesagt, deshalb, weil du die Verhältnisse falsch taxierst, deine eigene Leistungsfähigkeit und auch den Preis von Grund und Boden überschätzt hast, darfst Du noch lange nicht noch schlechter Situirt für deine Fehler mit verantwortlich machen. Wie oft kommt es vor, daß junge Leute, namentlich Cavallerieoffiziere, trotz aller Warnungen hohe Preise zahlen, sich auf die Brust schlagen und sagen: ach, das sind Alles dumme Kerls gewesen, ich werde das schon besorgen. Tausend solcher jungen Leute machen dann öffentliche Meinung und klagen über die Notlage der Landwirtschaft. Eins gebe ich Ihnen zu: die Preise des Getreides mögen gefallen sein oder nicht, die Schwierigkeit, dasselbe loszuwerden, ist nie so groß gewesen wie jetzt. Was ist aber daran schuld? Zum großen Theil Ihre geprägte Wirtschaftspolitik (Oho! rechts). Ihre gehässige Politik gegen den sog. Zwischenhandel hat dieses sehr wesentliche Culturmoment zum Schaden der Landwirtschaft zurückgedrängt. Wenn Sie sich aber außerhalb des Welthandels stellen und nur an den inländischen Consum denken, muß da nicht in den Fällen der Überproduktion der Export leiden? Die Wollpreise sind allerdings gesunken. Aber waren die früheren hohen Preise nicht übertrieben? An dem Rückgang des Preises ist nicht allein die Überproduktion schuld, sondern auch die veränderte Fabrikationsweise. Was nun die Domänen betrifft, so kann ich aus eigener Erfahrung mittheilen, daß eine Domäne in Ostpreußen einen Pacht Preis erzielt, der kapitalisiert 70 Thaler pro Morgen ergibt. Das ist für die dortige Gegend eine sehr ansehnliche Summe. Man kann also hier wenigstens

von einem Niedergang nicht reden. Hören Sie auf mit Ihren Schmerzensschreien die Landwirtschaft zu discrediren. Dem Landwirthe, der Credit braucht, schaden Sie durch diese Klagen, und derjenige, der keinen Credit braucht, befindet sich in keiner Notlage.

Minister Lucius: Der Vorredner hat mich beschuldigt, den thatlichen Verhältnissen der Landwirtschaft widersprechend zu coloriren. Wenn ich neulich im Reichstage bei der Debatte der Zuckerindustrie gesagt habe, ich lege keinen Verfall der Landwirtschaft, so bezog sich dies doch auf die mit der Zuckerindustrie zusammenhängende Landwirtschaft. Wenn ich von der Gesamtlandwirtschaft spreche, so muß ich das unterschreiben. (Was hr. v. Schorler und hr. v. Minnigerode gesagt haben. Beifall rechts.) Gerade die Vorlage über die Domänenverpachtungen zeige dies. Die Domänen, welche für die Zuckerindustrien in Betracht kommen, deken den großen Rückgang der übrigen Domänen. Den Rückgang der Landwirtschaft, zeigen auch die trotz der Zölle so niedrigen Getreidepreise. Wenn der Vorredner von den Misserfolgen der Zollpolitik gesprochen hat, so ist er den Beweis schuldig geblieben. Er kann constatiren, wie die gegenwärtigen Verhältnisse sind, aber nicht wie sie ohne diese Zölle geworden wären. (Beifall rechts.) Dass die Zölle Besserung geschaffen haben, hat der Vorredner dann schließlich doch selbst zugegeben, indem er constatirt, daß die Speculation des Zwischenhandels sich von der Landwirtschaft dank den Zölen ferngehalten hat. (Beifall rechts.)

Abg. Seer (nat.-lib.): führt aus, daß das Parcelliren der Domänen nicht empfehlenswert sei.

Abg. v. Below-Saleske (cons.): Daß die allgemeine Lage der Landwirtschaft keine günstige ist, daran läßt sich nicht rütteln. Immer schmerzlicher macht sich die Wirkung des fallenden Silberwertes bemerkbar, den wir nur der Goldwährung verdanken. Aber wir sind durchdrungen von der Ansicht, daß auch dieser letzte Rest der Aera Delbrück-Camphausen fallen müßt (Oho! links), obwohl ich nicht leugne, daß uns die von maßgebender Stelle kürzlich gehörten Worte schmerzlich berührt haben. Die Währungsfrage ist der Ausdruck des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit; durch eine Reform auf diesem Gebiete beseitigen Sie mit einem Schlag die ganze wirtschaftliche Stagnation. Außerdem bedürfen wir der Regelung des Versicherungswesens. Die hohen Dividenden der Actiengesellschaften können doch der Allgemeinheit zugeführt werden, wozu soll denn die rücksichtslose Ausbeutung gestattet sein? Redner polemisiert im Uebrigen gegen die Ausführungen des Abg. Dirichlet und schließt mit dem Appell, sich auf den Boden des praktischen Verständnisses und des vorhandenen Notstandes aller Verhältnisse zu stellen. Dann wird sich dem Notstande auch abhelfen lassen. (Beifall rechts. Lachen links.)

Abg. Sattler (nat.-lib.): Wenn der Hr. Vorredner aus der Goldwährung die Differenz zwischen Arbeit und Kapital hat herleiten wollen und um deswillen im Interesse des Arbeiters den Bimetallismus empfohlen, so müssen wir dem gegenüber entschieden Widerpruch erheben. Wir halten im Gegenteil die Goldwährung für wesentlich im Nutzen der arbeitenden Bevölkerung. Der uns gemachte Vorwurf, wir hätten die Conservativen unterstützt, fällt auf die Herren Deutschfreisinnigen selbst zurück, denn nur mit ihrer Hilfe ist der conservative Abg. Franz gewählt worden. (Beifall bei den Nationalliberalen. Lachen links.)

Abg. Dirichlet: Ich habe den Herren Nationalliberalen gar keinen Vorwurf aus der Unterstützung einer bestimmten Partei gemacht, sondern sie nur gebeten, keinen verschiedenen Maßstab bei Beurtheilung solcher Fragen anzuwenden. Ich habe gesagt, sie seien, seit sie gouvernemental-nationalliberal-conservative Mittelpartei geworden (große Heiterkeit), auch ritterlicher geworden. Ich mache mir kein Urtheil über den Grad der Ritterlichkeit an; je mehr man von solchen Dingen spricht und sie anpreist, desto weniger besteht man davon. (Oho! Sehr wahr! rechts; Heiterkeit.) Der Minister hat bestritten, er trage bei seinen Reden Colorit auf. Er hat selbst gesagt: „Es ist ganz natürlich, daß man das Colorit der Rede danach farbt, gegen wen man spricht (Sehr gut! links; Widerspruch rechts); wenn ich gegen einen Optimisten zu reden habe, so werde ich naturgemäß dazu kommen, die gegenseitigen Seiten hervorzuheben, während ich im entgegengesetzten Falle die Lichtheiten zeigen würde.“ Ich glaube doch, daß der Hr. Minister die Liebenswürdigkeit haben wird, zuzugeben, daß Hr. v. Minnigerode hinsichtlich der Landwirtschaft nicht zu den Optimisten gehört (Heiterkeit), ebenso auch nicht der Hr. Abgeordnete für Büttow-Lauenburg-Stolp. (Heiterkeit.) Was den Herrn mit dem dreinamigen Wahlkreis betrifft (Heiterkeit), so kann ich ihm nur kurz antworten. Er sagte ungefähr, es sei nicht wünschenswert, unser Wirtschaftssystem hauptsächlich auf Actiengesellschaften zu stützen. Wo ist dies der Fall? (Abg. v. Below ruft: „Versicherungswesen“) Jawohl. Sind denn dem Herrn bei seinen vielfachen Befreiungen — ich will nicht sagen, agrarischen (Heiterkeit) — die zahlreichen Bildungen von Gegenleistungsgesellschaften unbekannt? Ist denn jemand gewohnt, bei Actiengesellschaften zu versichern? Was Sie wollen, heißt einfach Verstaatlichung. (Sehr gut! links.) Warum machen Sie es denn nicht? Sie haben ja jetzt das Recht in Händen. Sie versprechen sich eben selbst keinen Vortheil. Wenn ferner der Herr mit dem langen Wahlkreisnamen (Heiterkeit) meine Angaben bezüglich der Lage des Klein- und des Großgrundbesitzes bemängelt, so sollte er doch berücksichtigen, daß ich selbst seit 29 Jahren Kleingrundbesitzer bin und mich hinreichend orientirt habe muss. Wenn Sie schließlich hinsichtlich der Spiritusfrage, die Sie auch gefreit haben, die Sache so darstellen, als ob es sich nicht um die Brenner, sondern um den Kartoffelbau handle, so liegt darin eine gänzliche Verkenntnis der Verhältnisse wenigstens im Osten. Wenn irgend etwas, so kann der Kartoffelbau dem Kleingrundbesitzer auf die Dauer nur verhängnisvoll werden. Er faugt sein Land aus, ohne durch die Wirtschaft selbst Dungstoffe in hinreichender Menge dem Boden wieder zuführen zu können; er muß also Dungstoffe kaufen. Wir wissen aber Alle, wie schwer der Landwirth gerade daran geht, Dungstoffe zu kaufen. (Beifall links.)

Abg. v. Below: Der größte Theil meiner Freunde beabsichtigt nicht die nackte Verstaatlichung der Versicherung; vielmehr wollen wir das Gegenleistungsprinzip nach Möglichkeit berücksichtigen, und streben außerdem eine Communalisierung derselben an. Die Interessen des Kleingrundbesitzes werden von dem „Normalbauern“ Dirichlet, dem Abgeordneten für Breslau, doch nicht richtig vertreten, das hat allein schon seine letzte Ausführung über die Kartoffeln genügend bewiesen. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Seelig (freiz.): Die Ansichten des Herrn v. Below und seiner Freunde basiren auf der Anschau-

ung, daß die Grundrente wie einem Naturgesetze gemäß in einem continuirlichen Steigen begriffen sein müsse, daß es also der Landwirtschaft schlecht geben müsse, wenn die Grundrente stillstehe oder sinkt. Die Erfahrung hat aber längst gelehrt, daß es bei der Grundrente genau ebenso, wie in Handel und Industrie, steigende und fallende Preise giebt, daß aber ein Stagniren oder Sinken der Grundrente keinen Rückslag auf die Lage der Landwirtschaft im Allgemeinen zuläßt.

Die Abg. Hobrecht und Dr. Ennecerrs (nat.-lib.) bestreiten, in der Generaldiscussion durch einen vorzeitigen Schlussantrag der freisinnigen Partei die Möglichkeit der Vertheidigung abgeschnitten zu haben.

Die Einnahmen des Domänenetats werden hierauf bewilligt, desgl. Ordinarium und Extraordinarium des selben Etats.

Im Ordinarium des Etats der Forstverwaltung ist in dem Titel 2 des Capitels 2 der Ausgaben eine Gehaltsaufbesserung der Oberförster um 150 M., in Titel 3 eine solche der Förster von 75 M. vorgesehen.

Abg. v. Kieselmann (cons.) erklärt die Ausbesserungen für absolut ungünstig.

Minister Lucius erklärt, daß die erfolgte kleine Aufbesserung auch von der Regierung nur als ein erster Schritt zu weiteren Gehaltserhöhungen angesehen wird. (Beifall rechts.)

Abg. v. Minnigerode (cons.) constatirt, daß im ganzen Hause die Geneigtheit vorhanden zu sein scheint, mit einer Verbesserung der Lage dieser Beamten vorzugehen.

Abg. Bork (nat.-lib.) plädiert für eine selbstständigere Amtstellung der Oberförster, namentlich den Forstmeistern gegenüber.

Abg. Büchtemann (freiz.) wünscht eine alljährliche spezielle Angabe der erzielten Bauholz- und Bremholzpreise seitens der Forstverwaltung.

Minister Lucius: Eine jährliche Angabe ist wegen der zu großen calculatorischen Belastung, welche die Arbeitskräfte des Ministeriums dadurch erfahren würden, unthunlich, dagegen wird in den dreijährigen Verwaltungsberichten auch ferner über diese Verhältnisse Auskunft gegeben werden.

Beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung kommt

Abg. Schulz-Lupitz (freicons.) auf die frühere Debatte zurück und stimmt dem Abg. v. Minnigerode in seiner Schilderung der Notlage der Landwirtschaft in allen Punkten zu.

Abg. Wehr-Könitz (freicons.) fordert eine billigere Tarifirung für künstlichen Dünger; es sei zu bedauern, daß der Eisenbahminister den verschiedenen Wünschen in dieser Richtung noch nicht nachgegeben hat.

Abg. v. Minnigerode fragt den Landwirtschaftsminister, ob es richtig sei, daß er in der letzten Sitzung des Landeskonomie-Collegiums behauptet habe, daß es in Preußen in den östlichen Provinzen Patisfundien gebe. Eine solche Auffassung würde er als irrtümlich bezeichnen.

Minister Lucius erinnert sich der einzelnen Worte nicht mehr. Im Uebrigen sei er der Ansicht, daß bei uns die landwirtschaftliche Gütervertheilung eine gesunde sei.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Lotterie.

Bei der am 26. fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 173. königl. preußischer Klassen-Lotterie wurden ferner folgende Gewinne gezogen:
(Diejenigen Nummern, bei denen ein Gewinn in Parenthese nicht vermerkt ist, haben einen solchen von 210 M. erhalten.)

23	26	82	102	135	174	334	377	432	441	449	513
546	612	743	796	805	806	835	870	917	(300)	963	1009
088	213	230	298	(300)	307	(300)	308	(300)	313	391	459
451	619	(300)	679	804	825	846	940	980	999	2001	068
099	112	173	(300)	229	247	(300)	270	304	314	(300)	316
332	361	388	392	423	587	646	792	(300)	904	3	294 (550)
391	475	491	524	544	690	717	824	(300)	825	837	877
959	4007	052	205	214	226	229	259	367	514	567	611 (550)
708	768	776	827	(300)	874	(550)	503	091	113	156	177
446	456	460	482	(300)	508	510	572	(300)	573	(300)	576
672	690	853	929	940	967	984	996	6	060	114	(550)
136	231	(300)	244	296	297	(300)	313	341	(300)	354	440
(300)	491	493	570	587	609	622	648	656	(300)	681	740
855	894	932	949	7	188	(300)	224	274	310	356	397
727	731	891	(550)	966	978	8	016	(300)	030	062	092
121	198	284	396	(300)	442	545	577	604	(300)	627	(300)
700	706	816	890	914	936	9	029	051	197	(300)	260
361	378	460	478	483	567	635	637	701	871	945	955
970	990	10	105	(550)	141	255	284	322	355	375	474 (300)
679	680	756	996	(300)	11	044	113	131	147	262	286
359	364	535	541	(550)	637	658	669	691	696	745	12
241	259	335	379	(300)	507	(300)	564	582	627	628	683
697	717	(300)	829	880	973	984	13	125	(550)	137	238
284	358	(550)	374	473	480	643	730	756	764	(300)	790
800	801	860	896	899	(300)	917	957	998	14	066	071
090	094	115	158	192	279	412	446	535	542	610	640
(300)	726	766	787	847	918	(550)	944	947	(300)	960	998
15	002	050	141	154	186	229	308	(550)	483	692	(300)
698	717	752	864	16	104	172	186	(300)	233	258	260
325	346	373	416	431	436	457	517	521	537	556	581
663	736	799	800	(550)	825	855	916	981	17	024	034
095	239	(550)	285	(300)	352	468	473	703	743	816	826
879	(200)	18	085	132	134	198	221	251	309	321	421
(300)	430	507	624	632	645	658	709	742	799	823	929
952	19	019	200	263	273	(300)	311	483	491	494	512 (550)
531	540	647	(550)	668	739	(550)	762	807	(300)	820	842
890	892	909	966	20	063	259	344	372	388	575	(550)
749	769	21	009	042	106	139	346	383	387	449	499
509	(300)	513	592	634	700	724	765	781	797	936	976
220	036	293	402	405	(550)	458	513	573	669	735	749
957	960	980	23	015	016	066	079	114	169	218	225
(300)	329	361	(550)	370	406	419	446	484	506	(550)	528
644	683	708	740	742	(300)	745	927	951	994	24	039
239	309	350	383	497	468	543	554	607	615	626	655
873	899	927	959	25	019	118	121	269	(300)	274	441
822	857	(300)	866	886	891	956	966	26	044	070	106
149	186	266	357	430	503	516	575	658	759	808	815
834	900	996	27	017	019	064	(550)	125	150	183	(300)
209	292	308	338	430	465	494	504	597	742	757	800
869	875	889	951	(300)	990	(550)	998	28	006	079	100
137	316	504	553	569	599	617	630	696	747	898	29
165	(300)	179	236	328	(550)	336	357	420	451	540	547
563	598	610	(300)	663	752	769	803	874	905	965	985 (300)
30	019	112	(550)	130	145	196	222	275	286	321	321
390	(300)	450	730	(550)	800	832	945	984	993	31	071
073	113	141	155	164	185	201	209	212	255	259	303
364	409	433	573	582	634	699	711	(550)	715	729	743
753	792	834	859	997	(300)	32	005	014	056	208	255
285	340	349	388	446	454	462	(550)	716	731	759	764
813	881	984	(300)	33	058	102	152	170	218	417	435
508	(550)	589	606	610	666	717	734	748	766	810	819
858	915	936	(550)	994	34	070	084	496	212	220	226
228	238	282	293	(550)	306	440	450	481	548	674	754
774	831	843	905	965	985 (300)	35	018	030	034	057	(300)
414	460	490	573	647	648	(300)	664	681	703	721	750

848	906	36	044	053	083	130	195	221	222	227	264	271
302	331	334	355	359	360	368	(300)	386	489	490	(550)	500
504	659	686	701	795	823	896	961	37	041	068	102	145
156	158	179	197	202	212	226	(550)	626	648	671	709	714
714	(300)	843	910	(300)	982	38	090	099	125	(550)	186	200
187	196	220	243	249	293	419	423	477	555	576	600	604
630	(300)	680	700	849	890	926	981	39	022	100	136	141
203	237	424	458	516	608	755	816	817	859	902	913	923
923	994	40	041	085	(300)	408	(300)	418	506	592	593	653
674	675	740	789	835	863	942	973	41	007	059	061	069
128	148	208	212	238	446	465	469	488	499	668	678	688
726	(550)	731	748	755	804	834	920	42	032	044	049	050
060	062	071	111	117	(300)	152	203	365	(300)	409	(300)	409
435	447	526	553	579	585	642	650	662	681	701	753	763
855	896	898	(550)	902	(300)	938	948	43	082	165	169	174
262	356	402	436	(300)	439	486	550	603	745	753	762	766
804	852	871	940	941	(300)	44	027	049	085	094	130	131
141	165	178	197	210	(300)	358	389	491	748	779	782	792
790	(300)	801	805	805	806	824	825	826	827	828	829	830
45	048	049	095	111	(300)	121	128	(300)	184	198	296	297
322	393	411	427	501	553	597	599	637	700	703	709	716
759	775	810	869	46	034	040						